



CDU-Landesverband • Am Wall 135 • 28195 Bremen

An die Vorsitzende des
Asta an der Universität Bremen
Frau Lena Weber
StH/Glashalle
Bibliotheksstraße 3
28359 Bremen

Bremen, 11. März 2011

Sehr geehrte Frau Weber,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011, die ich als Spitzenkandidatin der CDU Bremen hiermit gerne beantworten möchte:

Welchen Standpunkt vertreten Sie gegenüber allgemeinen Studiengebühren?

Die CDU Bremen hat sich in ihrem Grundsatzprogramm von 2009 und auch im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011 dafür ausgesprochen, dass Bildung bis zum Ende der Regelstudienzeit des Bachelor als erstem berufsqualifizierendem Abschluss gebührenfrei sein soll.

Wie beurteilen Sie die bestehende Grundlage (das Bremer Studienkontenmodell) für die Erhebung der Studiengebühren?

Wir befürworten die auf dieser Grundlage erhobenen Langzeitstudiengebühren, halten das Studienkontengesetz insgesamt aber für überholt: Die ursprünglich geltende Landeskinderregel befindet sich noch vor Gericht und wurde mit der Verlängerung des Gesetzes aber jüngst aufgegeben. Eine klarere gesetzliche Grundlage ist wünschenswert.

Wie stehen Sie zu der Erhebung der Verwaltungsgebühren (Semesterbeitrag)?

Es handelt sich um Gebühren, denen eine entsprechende Leistung gegenübersteht. Die Erhebung als Beitrag zur Verwaltung der Studierenden und den Beitrag zum Studierendenwerk halten wir für gerechtfertigt.

Im Bildungswesen wird drastisch gespart. Wie viel soll/kann laut Ihnen der Staat und ins Besondere das Land Bremen überhaupt noch in Bildung investieren (z.B. gemessen am Anteil des BIP)?

Diese Aussage können wir so pauschal nicht teilen: Im Bremer Bildungskonsens wurde zum Beispiel vereinbart, dass die durch sinkende Schülerzahlen bestehende „demographische Di-

vidende“ nicht gekürzt wird, sondern alle frei werdenden Lehrerstellen an Schulen wiederbesetzt werden.

Halten Sie die derzeitige Grundfinanzierung der Hochschulen für ausreichend?

Sicher können wir uns als Haushaltsnotlageland auch im Wissenschaftsbereich nicht alles in der gleichen Breite leisten wie andere Bundesländer. Hier müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Dies ist Aufgabe der Politik. Wir haben als CDU deshalb eine neue Wissenschaftsplanung eingefordert, die einen verlässlichen Rahmen vorgibt. Der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt ist aber einer der größten Posten überhaupt.

Was wäre für Sie der ideale Anteil an Drittmitteln innerhalb der Grundfinanzierung?

Die Grundfinanzierung darf nicht weiter abgesenkt werden. Hier haben wir eine Grenze erreicht. Das Verhältnis zu den eingeworbenen Drittmitteln ist Ausdruck der Leistungsfähigkeit und Forschungsorientierung von Universität und Hochschulen. Es ist Aufgabe des Landes, entsprechende Kofinanzierungen sicherzustellen.

Wie finden Sie die momentane Entwicklung an den Bremer Hochschulen, in der zunehmend Stiftungsprofessuren eingerichtet werden?

Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich und sehen in ihr eine große Chance für die Hochschulen und die Universität.

Hanse Wasser-Hörsaal und Beluga-Boulevard: Wünschenswerte Finanzvision oder Untergang der akademischen Unabhängigkeit?

In dieser Frage sollten die Hochschulen und die Universität in eigener Verantwortung pragmatisch handeln. Werbung und Sponsoring stellt die akademische Unabhängigkeit nicht zwangsläufig in Frage.

Was wollen Sie konkret tun damit der Zustrom der Studierenden im Kontext der doppelten Abiturjahrgänge (und der Aussetzung der Wehrpflicht) von den Hochschulen verkraftet werden kann? Im Hinblick auf: a) die Studienplatzkapazitäten und b) die Verwaltung

Im Rahmen des Hochschulpaktes ist für Bremen eine gute Regelung getroffen worden. Eine weitere Ausweitung der Kapazitäten oder die Übernahme von Kapazitäten aus anderen Bundesländern wird nicht möglich sein.

Werden Sie den Hochschulen mehr Geld zur Verfügung stellen? Wo wollen Sie das Geld hernehmen?

Aufgrund der finanziellen Lage des Haushaltsnotlagelandes Bremen steht die CDU Bremen für eine Konsolidierung des Haushaltes mit dem Ziel, im Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Aus diesem Grund sehen wir aktuell ohne die Vorlage einer konkreten Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung keine Handlungsnotwendigkeit, um die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auszuweiten.

Was tun Sie dafür, finanzielle Chancengleichheit für ausländischen Studierende zu garantieren (z.B. bezüglich BAföG, Stipendien)?

Die CDU Bremen setzt sich für Chancengerechtigkeit ein. Der DAAD stellt im Internet eine Stipendien-Datenbank zur Verfügung. Es gibt eine Vielzahl von Förderwerken und Fördermöglichkeiten auch für ausländische Studierende. Erste Anlaufstation sollte dabei die jeweilige Hochschule sein.

Wie beurteilen Sie die zusätzlichen Hürden, die v.a. außer-europäischen Studierenden gestellt werden, wie die das Sperrkonto oder kostspielige Sprachtests (Testdaf)?

Grundsätzlich müssen alle Ausländer, nicht nur die Studierenden, die Gewähr bieten, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst und eigenständig gewährleisten können. Dadurch soll sichergestellt werden, dass keine Sozialhilfe in Anspruch genommen wird. Bei den Studierenden wird dieses beispielsweise dadurch sichergestellt, dass sie ein Guthaben auf ein Sperrkonto zugunsten der Bundesrepublik Deutschland einzahlen. Wir beurteilen dieses System als notwendig. Es ist für uns kein besser geeignetes System ersichtlich. Damit wird sichergestellt, dass die Studierenden nicht nur auf Kosten des Staates studieren und im Anschluss das Land wieder verlassen. Davon hätte die Bundesrepublik nichts. Grundsätzlich ist es erforderlich, dass die ausländischen Studierenden die deutsche Sprache erlernen, ansonsten ist eine Bewältigung des Studiums nur schwer möglich. Aus diesem Grund müssen sie, aus unserer Sicht zu Recht, ihre Deutschkenntnisse oder die geplante Teilnahme an einem Sprachkurs nachweisen.

Was ist Ihre Meinung zu der ständigen Ausweisungsbedrohung außer-europäischer Studierender, vor allem wenn sie nicht in der Regelstudienzeit fertig werden?

Von einer möglichen Ausweisung sind zunächst einmal nur diejenigen betroffen, die länger als die Regelstudienzeit für ihr Studium benötigen. Eine ständige Bedrohung ist daher für uns nicht ersichtlich. Es besteht ein Missbrauchspotential dafür, ein Aufenthaltstitel dadurch zu erlangen, dass man vorgibt, zu studieren und dies aber gar nicht anstrebt. Aus diesem Grund wird den ausländischen Studierenden ein Rahmen gesetzt, dass Studium innerhalb der Regelstudienzeit zu absolvieren. Sofern ersichtlich ist, dass in Einzelfällen besondere Umstände vorliegen, die zu einer Verzögerung des Studiums führen, setzen wir uns dafür ein, dass der Betroffene sein Studium beenden kann.

Nach der Ausweisung folgt (häufig) die (endgültige) 'Einreisesperre' für alle Schengen-Länder. Inwieweit würden Sie die Abschaffung dieser Sperre unterstützen?

Aus § 11 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes folgt, dass ein Ausländer, der ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben wurde, nicht erneut in die Bundesrepublik einreisen darf. Eine Länderspezifische Regelung für die Schengen-Länder ist uns nicht bekannt. Wir unterstützen keine Abschaffung dieser Regelung. Diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht besitzen oder ihr Aufenthaltsrecht verloren haben und ausgereist sind oder abgeschoben wurden, können bei einer Veränderung der tatsächlichen Umstände einen Antrag aus einem anderen Staat stellen und somit ein Aufenthaltsrecht erlangen. Es besteht keine Notwendigkeit, diesen Antrag aus der Bundesrepublik zu stellen. Das Recht einen Asylantrag zu stellen, haben weiterhin alle politisch Verfolgten.

Was wollen Sie tun, damit die Diskrepanz zwischen Studentinnenzahlen im Vergleich zur Anzahl der Frauen a) beim Lehrpersonal und b) in den MINT-Fächern und den typischen Frauenstudiengängen sinkt?

Interesse und Begabung kann man nicht verordnen. Wir setzen darauf, dass qualifizierte Frauen durch entsprechende Rahmenbedingungen ermutigt werden, an den kritischen Übergängen zwischen Studium und Promotion, bzw. Habilitation nicht aufzugeben, sondern weiterzumachen. Eine Quote ist dabei kein geeignetes Instrument.

Was schlagen Sie konkret vor, um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu verbessern?

Die CDU Bremen befürwortet den Ausbau von Kindertagesplätzen an den Hochschulen und der Universität, einen abgestimmten Vorlesungsrhythmus und einen Ausbau der Teilzeitstudiengänge. Diese Maßnahmen liegen in der Verantwortung und im Interesse der Hochschulen.

Was wollen Sie für den Ausbau von Teilzeitstudiengängen tun?

Die Ausgestaltung für die Einrichtung und Ausgestaltung von Studiengängen liegt in der Verantwortung der Hochschulen und der Universität.

Unterstützen Sie die Ausweitung des (elternunabhängigen) BAföG?

Ja: Die jüngste von der Bundesregierung initiierte BAföG-Novelle hat zu einer erheblichen Ausweitung der BAföG-Empfänger geführt, die auch einen höheren Förderbetrag erhalten.

Ein Großteil der Studierendenschaft ist auf Nebenjobs angewiesen: Was wollen Sie konkret zur Verbesserung der Studienfinanzierung der Studierenden tun?

Es gibt zahlreiche und ausreichende Möglichkeiten der Studienfinanzierung. Die hier angesprochene Frage ist für die CDU Bremen eine Frage der Studienorganisation durch die Hochschulen und die Universität. Bologna bedeutet nicht, alles was es schon immer gab, einfach zu komprimieren und in ein neues Abschlusschema zu pressen. Im Zuge der Reakkreditierungen müssen Hochschulen und Universität die Studieninhalte entschlacken, damit die Studiengänge „studierbar“ bleiben.

Wie stehen Sie zu der Einführung von Tarifverträgen für studentische Hilfskräfte?

Wir stehen einer Einführung eines Tarifvertrages skeptisch gegenüber. Wir wollen nicht in die Vertragsautonomie und letztendlich in den Haushalt der Hochschulen und der Universität eingreifen, die am besten wissen, wie viel sie für eine studentische Hilfskraft bezahlen können, und wie viel sie von ihrem Budget für welche Haushaltsstelle ausgeben, damit die finanzielle Grundlage für die Gewährleistung des Hochschulbetriebes gesichert ist.

Was sagen Sie zu der Aussetzung der Leistungsanreize für BAföG-EmpfängerInnen?

Die Aussetzung ist misslich und für die Betroffenen unschön. Wir bedauern dies insofern, als die damit verbundene Leistungsorientierung und der Leistungsanreiz wegfallen. Letztlich ist

das BAföG aber ein Darlehen mit einer Rückzahlungsverpflichtung, die an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Geförderten nach dem Berufseinstieg ausgerichtet ist.

Wie stehen Sie zum Deutschland-Stipendium?

Wir halten das Deutschlandstipendium für eine hervorragende Möglichkeit, leistungsstarke Studierende zu fördern und eine regionale Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu befördern.

Steigende Studierendenzahlen und steigende Nachfrage bei Serviceangeboten: Wird es mehr Geld für das Studentenwerk geben (z.B. für die Zuschüsse der psychologisch-therapeutischen Beratungsstelle, neue Wohnheime)?

Realistischerweise: Nein. Der Erhalt der Zuschüsse in der bisherigen Höhe, die wir für unabdingbar halten, ist bereits eine große Herausforderung.

Sind Sie bereit, die anstehende Tarifierhöhung zu tragen?

Die Herausforderung besteht aus Sicht der CDU darin, dass Tarifsteigerungen nicht erneut von Hochschulen und Universität selbst „ausgeschwitzt“ werden müssen. Hier können nur Schwerpunktsetzungen im Haushalt weiterhelfen, die Aufgabe des neuen Senats sein werden.

Die Esskultur unter den Studierenden verändert sich (Anspruch auf fair-trade Produkte, Intoleranzen, Vegane Küche), was zu höheren Kosten führt. Sind Sie bereit, diesen Bedürfnissen nachzugehen?

Nein. Zusätzliche Ansprüche und Wünsche müssen eingepreist und von den Studierenden selbst getragen werden.

Duale Studiengänge: Was halten Sie davon?

Duale Studiengänge sind eine zukunftssträchtige Möglichkeit, auch im akademischen Bereich Beruf und Weiterbildung zu verknüpfen. Davon können Unternehmen und Hochschulen profitieren. Dabei wird es ganz entscheidend auf die Bereitschaft der Wirtschaft ankommen, ihre Mitarbeiter entsprechend zu unterstützen, damit duales Studieren auch im Alltag funktioniert.

Sollten alle studieninteressierten BachelorabsolventInnen einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz haben?

Nein. Für die CDU Bremen geht es um eine eindeutige Ausrichtung an den im Bachelor gezeigten Leistungen.

Wie wollen Sie auf den Mangel der Referendariatsplätze in Bremen reagieren? (die Zahl der Lehramtsstudierenden wird z.B. durch doppelte Abiturjahrgänge noch zunehmen)

Die Zahl der Referendariatsplätze muss sich aus Sicht der CDU am Ausbildungsbedarf des Landes ausrichten sein.

Für wie demokratisch halten Sie die aktuelle Hochschulstruktur? Was würden Sie gerne verändern?

Wir sehen hier keinen Änderungsbedarf.

Wie stehen Sie zur Aufnahme einer Zivilklausel ins BremHG?

Die CDU Bremen lehnt die Aufnahme einer Zivilklausel in das Bremische Hochschulgesetz ab. Eine solche Regelung wäre nicht handhabbar: Eine stringente Abgrenzung, wie sie eigentlich erforderlich wäre, ist nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Mohr-Lüllmann', written in a cursive style.

Dr. Rita Mohr-Lüllmann